

Trotz Lohndumping: Ex-SGB-Chefökonom Serge Gaillard ist mit der Personenfreizügigkeit bisher zufrieden. Besonders mit ihren positiven Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum.

„Neue Fabrikhallen entstehen“

Work: Am 1. Juni fällt in der Schweiz eine weitere Hürde für die Personenfreizügigkeit in Europa. Wie sieht ihre bisherige Bilanz aus?

Serge Gaillard: Im letzten Jahr hat die Zahl der Beschäftigten, gemessen in Vollzeitstellen, um etwa 57'000 zugenommen. Ohne die Personenfreizügigkeit wäre ein derart starkes Wachstum nicht möglich gewesen. Erstmals seit den 80er Jahren erleben wir wieder, dass die Industrie ganze Fabrikhallen neu aufbaut. Weil die Unternehmen genügend Ingenieure und Informatiker einstellen konnten, entstanden in der Folge auch neue Stellen für einfachere Tätigkeiten, in Bereichen also, die eher von Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Sie blenden die vielen Fälle von Lohndumping einfach aus? Jüngstes Beispiel: Auf der Grossbaustelle des Berner Agrarriesen Fenaco in Dotzigen wurden tschechische Bauarbeiter massiv betrogen.

Zum Fall Fenaco kann ich mich nicht äussern, da ist eine kantonale Untersuchung im Gang. Dass wir Missstände überhaupt aufdecken, ist aber ein Erfolg der flankierenden Massnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping.

Für die Unia ist eine Lehre aus dem Fall Fenaco, dass Bauherren oder General-Unternehmer für fehlbare Subakkordanten haftbar gemacht werden müssten. Was halten Sie davon?

Die Gewerkschaften hatten diese Solidarhaftung bei der Beratung der flankierenden Massnahmen gefordert. Die Parlamentsmehrheit war aber ausdrücklich dagegen. Wir werden im Herbst zusammen mit den Sozialpartnern eine Bilanz der bisherigen Erfahrungen mit den flankierenden Massnahmen ziehen. Dann können wir vielleicht mehr sagen.

Eine unverdächtige Zeugin für die Mängel der flankierenden Massnahmen ist die Temporärfirma Adecco, die kürzlich über Ihre eigene Branche ausrief.

Im letzten Jahr wurden bei den Temporärfirmen nicht mehr Missbräuche aufgedeckt als in anderen Branchen. Trotzdem haben wir in einem Brief an die Kantone die Temporärfirmen als Risikobranche bezeichnet, die genau kontrolliert werden muss. Ob das reicht, werden wir erst nach der erwähnten Bilanz im Herbst sagen können.

Beispiel Landwirtschaft. Da weiss man doch schon ziemlich genau, wie elend die Arbeitsbedingungen sind. Was tut das Seco dagegen?

Landwirtschaftliche Betriebe wurden bereits im letzten Jahr intensiv kontrolliert. Die nationale tripartite Kommission hat diese Kontrollen ausgewertet. Es wurden zwar Verstösse festgestellt, aber nicht in einem Ausmass, dass die Kommission einen obligatorischen Normalarbeitsvertrag für nötig hielt. Auffällig war, dass die Verstösse häufig nichts mit der Personenfreizügigkeit zu tun hatten, sondern mit der Verletzung ausländer- und sozialversicherungsrechtlicher Bestimmungen. Der Bauernverband unternimmt heute viel, damit seine Betriebe die Bestimmungen und seine eigenen Lohnrichtlinien mit einem Mindestlohn von 3020 Franken einhalten.

Ohne die Personenfreizügigkeit, sagten Sie, stünde die Wirtschaft lange nicht so gut da wie jetzt. Ist das Schweizer Wachstum nicht eher Folge des schwachen Frankens?

Für gutes Wachstum in der Schweiz braucht es eine florierende Weltwirtschaft und einen Franken, der nicht überbewertet ist. Aber es braucht eben auch die Leute, die arbeiten. Wir haben heute beides.

Jetzt wird aber schon wieder davon geredet, dass der Franken unterbewertet sei. Wie lange wird er so tief bleiben?

Ich wage da keine Prognose.

Gibt es einen Zusammenhang von Frankenschwäche und Personenfreizügigkeit?

Ja, sicher. Die Nationalbank konnte sich erlauben, die Zinsen so lange tief zu halten, ohne dass es eine Inflationsgefahr gibt. Dies hat auch damit zu tun, dass dank der Personenfreizügigkeit ein grosses Wachstumspotential besteht.

Notenbankdirektor Thomas Jordan hat kürzlich erklärt, die Inflationsgefahr sei so gering, weil die Personenfreizügigkeit „einen dämpfenden Einfluss auf die Lohnentwicklung“ habe. Es bezahlen also wieder mal die Arbeiterinnen und Arbeiter?

Entscheidend für den sozialen Zusammenhalt ist die Lohnstruktur. Sie gerät durcheinander, wenn die tiefen Löhne unter Druck geraten und die hohen Löhne in den Himmel wachsen. Genau das bewirkte die frühere Ausländerpolitik. Es gab eine starke Einwanderung von weniger Qualifizierten, die im Gastgewerbe oder auf dem Bau Arbeit fanden, und auf der anderen Seite einen Mangel an Ingenieuren und Akademikern. Heute ist es

genau umgekehrt: Der Markt ist auch offen für Gutqualifizierte, und in Branchen mit Gesamtarbeitsvertrag oder mit tiefen Löhnen wird genauer kontrolliert. Das dämpft die Ausschläge nach oben und nach unten.

Das mag die Betroffenen aber gar nicht beruhigen. Die letzte Lohnrunde auf dem Bau verlief auch deshalb so ernüchternd, weil sich die Beschäftigten aus Sorge um ihre Arbeitsplätze zurückhielten.

Das stimmt, die Löhne sind relativ wenig gestiegen. Das hat auch damit zu tun, dass die Arbeitslosigkeit noch relativ hoch war, als die Abschlüsse ausgehandelt wurden. Für dieses Jahr stehen die Vorzeichen günstig: Im Durchschnitt dürften die Löhne um real 1 Prozent steigen. Die Personenfreizügigkeit hat vielleicht den Lohnanstieg gedämpft, auf der anderen Seite aber auch die Teuerung.

Nochmals: Die Bauleute machen sich angesichts der neuen unsicheren Arbeitsformen Sorgen um ihre Stellen. Und dafür machen sie die Personenfreizügigkeit verantwortlich.

Die Bauwirtschaft ist von der Personenfreizügigkeit am stärksten betroffen. Hier gibt es nicht nur die Zuwanderung von Arbeitern, sondern auch die Öffnung des Baumarktes für ausländische Firmen, was die Konkurrenz verschärft hat. Gleichzeitig hat auch die Temporärarbeit auf dem Bau zugenommen.

Und zunehmende Temporärarbeit ist für die Bauleute gleichbedeutend mit dem Abbau fester Stellen.

Könnte es nicht sein, dass die Temporären die Saisoniers von gestern ersetzt haben? Wir werden die Lage beurteilen können, wenn wir im Herbst auf Basis der Zahlen aus den Kantonen eine Bilanz der flankierenden Massnahmen ziehen.

Sie sind also definitiv nicht der Meinung, dass Sie die negativen Folgen der Personenfreizügigkeit schon als SGB-Chefökonom unterschätzt hatten?

Tatsache ist, es gibt deutliche Fortschritte. Die Sozialpartner haben für die Branchen mit Gesamtarbeitsvertrag, die am meisten von Einwanderung betroffen sind, Kontrollorgane gegründet, die heute sehr professionell arbeiten und insbesondere Firmen mit entsandten Arbeitnehmern kontrollieren. Der Bund hat mit den Kantonen Mitte letzten Jahres Leistungsvereinbarungen abgeschlossen, in denen sich die Kantone verpflichten, die Arbeitsbedingungen in Branchen ohne Gesamtarbeitsvertrag zu kontrollieren. Wir haben jetzt 150 Inspektorinnen und Inspektoren auf dem Arbeitsmarkt. Und vergessen Sie nicht: Die flankierenden Massnahmen sind erst seit kurzer Zeit in Kraft, und erst seit knapp 12 Monaten wird systematisch in allen Kantonen kontrolliert.

Interview. Michael Stötzel.

Work. Donnerstag, 2007-05-25.

Personenfreizügigkeit > Gaillard Serge. Work. 2007-05-25.doc.